

# Sattler-Zeitung

Nr. 14.

Berlin, den 13. Juli 1901.

15. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.  
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch  
die Post (Post-Liste Nr. 6519)  
80 Pfg. bei Rufendung unter Streifenband.

Redaktion und Verlag:  
Joh. Jassbach, Berlin S.O., Engel-Ufer 15.  
Fernsprech-Nummer: Amt VII, 788.

Inserate die 8 gespaltene Nonpareille-  
Zeile 20 Pfg.;  
bei Wiederholungen bedeutende  
Ermäßigung.

## Inhalt.

Die Geschäftskrise. — Die Maßregeln der deutschen Handwerkskammern gegen die Lehrlingszucht. — Uebernahme über den Militärallr.-Streit in Oberfeld-Barmen. — Streiks und Lohnbewegungen. — Zur Beitragserhebung. — Vereins-Mitgl. — Gewerkschaftliches. — Vermischtes. — Scherz u. — Anzeigen.

## Achtung! Kollegen! Achtung!

Zureisende Kollegen haben sich vor Annahme von Arbeit bei dem betr. Vertrauensmann zu erkundigen ob und wo am Orte gesperrt wird resp. ob eine Werkstelle gesperrt ist.

### Ausgebrochene Streiks.

Wien. Tischler bei der Firma J. Brötlitz.

### Gesperrte Werkstellen:

Friedberg i. S. D. Sobn.

Zugang nach diesen Werkstellen ist fernzuhalten.

## Die Geschäftskrise.

J. S. Der industrielle Krach, auf den man schon lange hingewiesen hat, ohne ihn so nahe zu glauben, ist plötzlich hereingebrochen und hat bereits eine Menge Opfer gefordert. Große Geldinstitute sind zusammengebrochen. Industrielle Unternehmungen haben die Zahlung eingestellt oder stehen unmittelsbar vor dem Bankrott, andere haben die Produktion bedeutend eingeschränkt und einen großen Theil ihrer Arbeiter entlassen. Es scheint eine Zeit zu kommen, die die schlimme Zeit Anfangs der neunziger Jahre noch überholt und dem Niedergang, der der Gründerzeit folgte, würdig zur Seite gestellt werden kann.

Eine tolle Ueberproduktion hat in den letzten Jahren geherrscht; der Tanz ums goldene Kalb hatte Formen angenommen, die sich jetzt erst in ihrer ganzen Widerständigkeit und Lumpigkeit zeigen. Man hat geglaubt, man hat produziert, ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl, ohne Rücksicht auf die Möglichkeit des Absatzes, ohne Rücksicht auf diejenigen, die das Geld im Kleinen hergeben mußten und ohne Rücksicht auf die Arbeiterschaft. Man handelte nach dem alten Grundsatz: „Nach uns die Sintfluth“ und jetzt hat man die Bescherung.

Die Arbeiter werden es wieder sein, die unter dem Niedergang der wirtschaftlichen Lage am meisten zu leiden haben. Die Herren Unternehmer und die Herren Aktionäre mit ihren Direktoren und Aufsichtsräthen haben in der guten Zeit genügend erworben, um auch eine schlechte Zeit überstehen zu können, der Arbeiter aber hat auch während der guten Zeit nur so viel verdient, um das Nothwendigste zum Leben zu haben. Wenn sich auch die Lage der Arbeiter in den letzten Jahren, dank der gewerkschaftlichen Organisation, einigermaßen gehoben hat, so kann man doch nicht sagen, daß es ihnen besser, sondern nur, daß es ihnen weniger schlecht ging. Zu einer menschenwürdigen Lebenslage hätte weit mehr gehört.

Wie wird es nun werden? Werden die Arbeitsverhältnisse sich wieder verschlechtern? Wir wollen es nicht

hoffen. Bei früheren Krisen stand die Arbeiterschaft ohne festen Zusammenschluß da, es fehlte die Möglichkeit, dem Drucke Widerstand zu leisten. Heute ist es einigermaßen anders, wenn es auch noch nicht überall so ist, wie es sein müßte. Hoffentlich gelingt es, jetzt bei den einigermaßen gefestigten Organisationen das Errungene hochzuhalten und einen Rückschritt zu verhindern, damit man beim Eintreten besserer Verhältnisse auf dem Vorhandenen weiter bauen kann.

Wenn aber keine Verschlechterungen eintreten sollen, so muß sich jeder vor Augen halten, daß eben so gut, wie nur der gewerkschaftliche Zusammenschluß eine Verbesserung herbeigeführt hat, auch er nur im Stande sein wird, Verschlechterungen zu verhüten. Deshalb muß jeder nach wie vor treu zu seiner Organisation halten und sie zu befestigen und auszubreiten suchen. Die Organisation muß ein Feld sein, an dem die Wogen der Krise wirkungslos abprallen.

## Die Maßregeln der deutschen Handwerkskammern gegen die Lehrlingszucht.

Auf die Tagesordnung des 2. deutschen Handwerks- und Gewerbetagess, der im Herbst dieses Jahres zusammentreten soll, sind auch die Maßregeln gegen die Lehrlingszucht gesetzt. Hiermit wird voraussichtlich eine etwas lebhaftere Bewegung über die Regelung des gewerblichen Nachwuchses einsetzen.

Obgleich im Allgemeinen in Deutschland eher Mangel als Ueberfluß an Lehrlingen besteht, so wird dennoch über Lehrlingszucht getragt, und das mit Recht. Für Leute, die aus übertriebener Lehrlingshaltung Vortheil ziehen wollen, ist der Mangel kein unübersteigliches Hinderniß. In der Bäderzeit ist beispielsweise die Lehrlingszucht so verbreitet, daß in manchen Großstädten ein förmlicher Kinderhandel organisiert ist, der die Lehrlinge gegen hohe Provisionen einzelnen Meistern zuführt. Und das, obgleich an der Ueberfüllung des Bädergewerbes kaum ein Zweifel besteht. Dem Verufe werden bloß, weil jene die billige Lehrlingsarbeit ausnützen wollen, von unten her neue Kräfte zugeführt, während am oberen Ende massenweise Gesellen arbeitslos werden und aus Verzweiflung zu anderen Berufen übergehen. Nach der Bäder Enquete von 1893 hatten 40 Prozent der Betriebe mehr Lehrlinge als Gesellen; die Zahl der Gesellen, die durch Ausbildung dieser Lehrlinge überzählig produziert werden, schätzte man damals auf jährlich 9000. — Besonders groß ist die Veruchung zur Lehrlingszucht in solchen Gewerben, die sich bei der Jugend augenblicklich großer Beliebtheit erfreuen. Namentlich seit dem Aufkommen der Elektrizitäts Industrie ist der Andrang zu Lehrlingsstellen in allen Handwerken, die den Zugang zu den Metall- und Maschinengewerben eröffnen, groß und in beständigem Steigen begriffen. Doch besäßen wir hierüber nur einzelne örtliche Aufnahmen. So zählte man im Jahre 1894 in den Rärnberger Schlossereien auf 166 Gesellen 198 Lehrlinge.

Das Handwerker-Gesetz vom 26. Juni 1897, das die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung umgearbeitet hat, hat gewisse Handhaben geschaffen, um den Gefahren der Lehrlingszucht entgegenzutreten. Wenn ein Lehrherr soviel Lehrlinge annimmt, daß durch die Ueberzahl die Ausbildung der einzelnen gefährdet erscheint, so kann ihm der Magistrat oder die sonstige untere Verwaltungsbehörde die Entlassung eines Theiles auferlegen (§ 128). Wichtigere als dieses Einschreiten im Einzelfalle sind vorliegende Maßregeln allgemeiner Natur (§§ 128, 130): die Aufstellung von festen Grundätzen über die Höchstzahl von Lehrlingen in den einzelnen Betrieben, insbesondere auch über das Verhältnis der Zahl der Lehrlinge zu der der Gesellen. Solche Bestimmungen kann nach der Handwerker-Novelle sowohl die

einzelne Innung treffen, als auch der Bundesrat oder das Ministerium für das ganze Reich- und Staatsgebiet. Das Vorgehen der einzelnen Innungen ist mit gewissen Schwierigkeiten verknüpft, weil vielfach die Furcht vor der Konkurrenz der Nachbar-Innungen oder der Orte ohne Innungen misprechen wird. Allgemeine Verordnungen, namentlich wenn sie vom Bundesrat für das ganze Reich erlassen werden, haben zwar den Vortheil der Gleichmäßigkeit (sie gelten auch nicht bloß für das Handwerk, sondern ebenso für die Fabriken); aber sie haben andererseits den Nachtheil, daß sie nicht Alle der Selbstverwaltung sind, sondern von den Beteiligten als bürokratische Eingriffe empfunden werden. — Zwischen Beiden in der Mitte äben die Handelskammern die gleiche Befugniß. Sie umfassen ein genög ab großes Gebiet, um von der Konkurrenzfurcht wenigstens in ihrer kleinlichsten Art frei zu sein, sie können durch Verbindung untereinander verhältnißmäßig leicht für eine gewisse Gleichmäßigkeit sorgen, und sie sind endlich Vertretungen, die aus dem Handwerkerstand selbst hervorgegangen sind. Sowohl für die Handelskammern (§ 152k 1) wie für die Innungen (§ 95 Abs. 2) ist die Mitwirkung des Gesellen-Ausschusses bei der Regelung des Lehrlingswesens vorgeschrieben.

In der Praxis steht freilich die Bestimmung der Höchstzahl von Lehrlingen auf große Schwierigkeiten, nicht nur wegen der Verschiedenartigkeiten der Gewerbe, sondern auch wegen der großen Abweichungen, die die Verhältnisse der einzelnen Betriebe innerhalb jedes Gewerbes zeigen. Aus diesen Gründen ist es erklärlich, daß die Handelskammern sich nur ägernd an diese Aufgaben heranwagen.

Vor uns liegen Mitteilungen von 45 Handwerkskammern des deutschen Reiches. Die starke Hälfte (24) haben sich bis jetzt jeder Wirksamkeit in dieser Richtung enthalten. Es sind dies: Altona, Arnberg, Berlin, Braunschweig, Bremen, Breslau, Chemnitz, Detmold, Doornund, Erfurt, Frankfurt a. O., Freiburg i. B., Gera, Gorha, Hamburg, Kassel, Königsberg, Konstanz, Leipzig, Meiningen, Oppeln, Suttin, Suttgart, Jmdau.

Während manche dieser Kammern (so z. B. Detmold) ihre Haltung ausdrücklich damit begründen, daß ein Bedürfnis bis jetzt nicht hervorgetreten sei, wollen andere Kammern den Kampf gegen die Lehrlingszählung nur als aufgeschoben betrachten. So wollen Peilborn und Neustingen zunächst erst die statistische Regelung des Lehrlingswesens im Allgemeinen zum Abschluß bringen. Auch St. Johann a. S. und Waprenth wollen in der Frage brinnächst näher treten. Magdeburg wird im nächsten Jahre Erhebungen veranstalten, und auch Bielefeld erkennt das Bedürfnis für einzelne Gewerbe an. Regnitz hat die Innungen eindringlich ermahnt, für eine allmähliche Abstellung der Mißstände zu sorgen, damit nicht allgemeine Zwangsvorschriften notwendig werden, und Albed hat durch Übernahme des Referats für den bevorstehenden Handwerkskammertag seine grundsätzliche Genugthuung bekundet. Plauen, das im vorigen Jahre, auf Antrag einer Petition des bairischen Landesverbandes der Wader und Friseur an den Bundesrat, vom sächsischen Ministerium des Innern um eine gutachtliche Äußerung ersucht wurde, hat sich zwar ablehnend ausgesprochen, jedoch lediglich, weil statistische Ermittlungen ergaben, daß im Kammerbezirk auf 433 Geschäfte mit 246 Gesellen nur 187 Lehrlinge kamen, also das Bedürfnis in diesem Falle verneint werden mußte.

Unter den Kammern, die bestimmte Vorschriften gegen die Lehrlingszählung erlassen haben (die übrigen theilweise noch der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden harren), nennen wir in erster Linie diejenigen, die dem Mißstände mit Aufstellung einiger einfacher Grundzüge begegnen wollten.

Stitt gestattet dem allein arbeitenden Meister nur 1 Lehrling; erst in dem letzten Lehrjahre darf er einen zweiten dazu nehmen. Auf je 2 Gesellen darf der Meister einen Lehrling mehr halten. Neustadt beschränkt die Zahl für den Meister und seinen Stellvertreter (?) auf 8; auf je 5 Gesellen darf ein Lehrling gehalten werden. Die Zahl der Gesellen, die in großen Betrieben hinzukommen müssen, damit ein Lehrling mehr erlaubt sei, hat Düsseldorf auf 4, Oldenburg auf 5, Nachen und Koblenz sogar auf 8 festgesetzt. Wiesbaden begnügt sich zwar mit 8, stellt aber die Regel auf, daß in einem Betrieb überhaupt nicht mehr als 4 Lehrlinge gleichzeitig gehalten werden dürfen (während z. B. nach den etwas verwickelten Düsseldorfser Bestimmungen ein Betrieb mit 20 Gesellen und 8 Lehrlingen möglich wäre).

Diese Art des Vorgehens bringt den Uebelstand mit sich, daß die Verschiedenartigkeit der Gewerbe nicht genügend berücksichtigt werden kann. Es giebt Gewerbe, in denen der Lehrling geringer, andere, in denen er weitgehender und beständiger Beschäftigung bedarf; eine Höchstzahl, die für die Schneidererei sehr streng ist, kann für die Lignmachererei noch viel zu schlaff sein. Entweder wird ein schwer erlernbares Gewerbe zu Grunde gelegt; dann werden die Lehrlinge unentwählig beengt. Oder man nimmt sich die letzteren zum Muster; dann kommt man auf so hohe Zahlen, daß man in ihnen kaum noch eine Beschränkung der Lehrlingszählung erblicken kann.

Den mühsamen Weg, Gewerbe für Gewerbe durchzugehen und in genauer Prüfung der einzelnen Verhältnisse die Höchstzahlen der Lehrlinge festzustellen, haben die bairischen Kammern betreten. München hat ein genaues alphabetisches Verzeichniß von 75 Berufen aufgestellt. Danach dürfen beispielsweise Wader

auf keinen bis zu 2 Gesellen einen Lehrling halten, auf je weiteren 2 Gesellen einen Lehrling mehr. Barbier, Friseur und Perrückenmacher auf keinen oder einen Gesellen 1 Lehrling, auf je weiteren 2 Gesellen 1 Lehrling, jedoch nie mehr als 3. Für Buchbinder, Mechaniker, Goldblechmacher und andere ist die Regelung nach Sätzen gegeben, so für Segler:

auf keinen bis zu 3 Gesellen	1 Lehrling.
4-7	2 Lehrlinge.
8-12	3
13-18	4
19-24	5
25-30	6
je weitere 8	1 Lehrling mehr.

Ein Meister, der nur 1 Lehrling halten darf, darf auch hier im letzten Lehrjahre einen zweiten dazu nehmen, jedoch nur, wenn er seinen Lehrling vertragsgemäß zur Gesellenprüfung verpflichtet und die Kammervorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens beachtet und durchführt. Hinsichtlich ausführlicher Vorschriften für Regensburg. Die von Würzburg bieten den dortigen Verhältnissen entsprechend nur einen Auszug von 10 Gewerben aus der großen Verzeichnisse. Außerhalb Bayerns hat bis jetzt nur Bromberg dasselbe System der umfassenden Regelung nach Berufen befolgt. Von Stralsund liegt für ein einzelnes Gewerbe, die Schlosserei, eine gutachtliche Äußerung an die Bezirksregierung vor: Jedem Schlossermeister sollen für seine Person 3 Lehrlinge und auf jeden Gesellen noch je ein Lehrling zugedilligt werden. Die Lehrlingszählung muß in der Schlosserei des dortigen Kammerbezirks einen entseztlichen Grad erreicht haben, wenn diese Höchstzahl schon als eine Reform empfohlen wird.

Der Kampf gegen die Lehrlingszählung stellt sich schwierig als man bei Ertrag der gesetzlichen Bestimmungen wohl dankt. Aber auch wenn die ersten Maßregeln Fehlschüsse sein sollten, so sollte man darum den Kampf nicht aufgeben. Auf diesem Gebiet wird man zu sicher wirkenden Ergebnissen schwerlich anders gelangen, als durch eine Reihe von Versuchen hindurch. Für die Zukunft, keineswegs bloß des Ringgewerbes, sondern des Gewerbes überhaupt, ist die Regelung des Nachwuchses eine der wichtigsten Fragen („Arbeitsmarkt“).

## Abrechnung über den Militärattler-Streit in Ebersfeld-Garmen,

vom 6. April bis 4. Mai 1901.

Einnahme. Auf Listen am Ort gesammelt: 3. He Nr. 278 — 17,60 Mk., 274 — 52,50 „ 275 — 2,20 „ 277 — 2,90 „ 278 — 54,50 „ 279 — 25,00 „ 280 — 15,25 „ 282 — 12,50 „ 283 — 10,00 „ 284 — 4,70 „ 285 — 14,20 „ 286 — 1,00 „ 287 — 12,00 „ 288 — 2,00 „ 289 — 5,50 „ 290 — 15,00 „ 291 — 10,77 „ 293 — 12,50 „ 294 — 24,45 „ 295 — 34,50 „ 296 — 7,65 „ 297 — 24,50 „ 298 — 3,20 „ 300 — 5,00 „ 301 — 0,25 „ 302 — 2,50 „ 321 — 19,00 „ 322 — 18,00 „ 5 — 5,00 von Garmen übernommen. 18. 4. von Sassenbach 1600,00, 14. 4. von Hildebrandt-Berlin 600,00, 16. 4. von Sassenbach 1350,00, 20. 4. von Sassenbach 800,00, 20. 4. von Sassenbach 1400,00, 27. 4. von Sassenbach 2700,00, 4. 5. von Sassenbach 1800,00 Mk., Summa: 10 678,82 Mk.

Ausgabe. Vom 6.—14. April. I. Woche, an 270 Kollegen resp. Kolleginnen, (148 verheiratete, 126 ledige, 1 Arbeiterin) 2 608,11 Mk., 300 Streikarten 7,00, Telegramme 5,76, Fahrgehalt 4,30, Porto und Schreibmaterial 4,90, Agitation 5,00 (Einnahme und Ausgabe), Entschädigung an die Streikleitung (7 Kollegen) 47,50 Mk., Summa: 2677,56 Mk. Vom 14.—21. April. II. Woche, an 269 Kollegen Unterstützung, (143 verheiratete, 123 ledige, 3 Arbeiterinnen) 3 078,23 Mk., 300 Streikarten 5,50, Agitation, Porto und Schreibmaterial 61,74, Entschädigung an die Streikleitung 31,50 Mk., Summa: 3171,97 Mk. Vom 21.—28. April. III. Woche, an 250 Kollegen Unterstützung, (127 verheiratete, 121 ledige, 2 Arbeiterinnen) 2 862,70 Mk., 300 Streikarten 5,00, für Fortschaffung von 2 zugerichteten Kollegen 2,00, Porto und Schreibmaterial 2,56, Telegramm nach Strassburg 0,85, Agitation 28,00, Entschädigung an die Streikleitung 31,50 Mk., Summa: 2932,61 Mk. Vom 28. April bis 4. Mai. IV. Woche, an 202 Kollegen Unterstützung, (110 verheiratete, 92 ledig) 1991,06 Mk., 300 Streikarten 5,00, Fahrgehalt 1,10, Porto und Schreibmaterial 1,51, 2 Telegramme (Berlin und Strassburg) 1,25, Entschädigung an 6. Segler für ½ Tag Arbeitsverhinderung am 8. Mai 2,00, Entschädigung an die Streikleitung 90,50 Mk., Summa: 2032,42 Mk., zusammen 10 814,56 Mk. Arbeitsverhinderung an 5 Mitglieder der Arbeitskommission am 18. Juni, je ½ Tag 10,00, für Abrechnung Entschädigung 17,25 Mk., Summa: 10 841,81 Mk. Bilanz: Einnahme: 10 678,82 Mk., Ausgabe: 10 841,81 Mk., Defizit: 162,99 Mk. Aus der Ortskasse entnommen 168,49 Mk.

Vorstehende Abrechnung ist genau geprüft und für richtig befunden worden von den Revisoren: Wilh. Faust, Joh. Gumbach, Franz Wömer, Oskar Priebs, Hans Dittke, Conrad Adam.

### Bemerkung zur Abrechnung.

Als der Bericht über den Streit in Nr. 11 unserer Zeitung veröffentlicht wurde, erwähnten wir, daß der Abrechnung die Gründe angegeben, warum wir dem für uns wenig schmeichelhaften Ver-

gleich am Gewerbegericht Barmen zustimmen mußten. Dies geschieht hiermit und hoffentlich zur heilsamen Lehre für unsere ganze Organisation und für die Arbeiter der Militär-Effekten-Industrie insbesondere.

Zunächst einiges für unseren Zentralvorstand. Es wurde uns am 18. April mitgeteilt (durch Sassenbach persönlich), daß der Streik unter allen Umständen beendet werden muß, auch wenn nichts erreicht würde, da in einem gewissen Maßalter sich auch nicht das geringste Klügende Geräusch vernehmen ließe. — Ein Brief, den wir von einem informierten Kollegen in Berlin erhalten, besagte, daß die Tariff Kommission dem B. V. die Genehmigung für den Streik erst hätte abbringen müssen. Was heißt dieses abbringen?

Ein Zentralvorstand muß sich doch bewußt sein, daß ein derartiger Kampf — man hofft ja immer nur auf einige Tage — wochenlang andauern kann; ebenfalls muß ein B. V. auch ganz genau über die eventuell zur Verfügung stehenden Mittel Klarheit haben. Hatte unser B. V. diese Klarheit, als er sich die Genehmigung hat abbringen lassen? Wenn ja, dann ist das ein Stöckchen unter die von ihm so verhasste Nebenregierung, genannt Tariff-Kommission. Denn für mindestens 4 Wochen muß die Verhandlungsklasse die Mittel ganz allein aufbringen können und das ist nicht möglich gewesen; die Filiale in Berlin hat schon in der zweiten Woche ihre Vorkasse von 1400 Mk. opfern müssen. Um kurz zu sagen, der B. V. muß in Zukunft ganz genau prüfen, ob er in der Lage ist, auf 5—8 Wochen einen Lohnkampf aus der Verhandlungsklasse zu unterstützen; ist Letzteres nicht der Fall, so muß jedeswegs G. früh unterdrückt werden und die Genehmigung unterbleiben. Allerdings muß zugegeben werden, daß Ausnahmen gemacht werden müssen, aber — nicht in der Militär-Effekten-Branche. Hier hilft in Zukunft nur ein allerdings auch wieder sehr verhängnisvolles Radikalmittel — und zwar der Generalkrieg.

Es letzterer sehr gut vorbereitet und ein günstiger Moment da so kann losgeschlagen werden auf der ganzen Linie, und dann kann es nicht mehr vorkommen, daß an irgend einem Orte von den Kollegen Streikarbeit gemacht wird. Nunmehr kommen wir zu den Berliner Kollegen, welche laut Versamlungsbericht vom 8. Juni es bedauern, daß wir ihnen mit solchem Anbarte lohten. Wir haben einen Brief vom 22. 6. 01 in Händen, der besagt, daß in der alten Werkstatt von Wunderlich Nr. 12 große Rosten grüne Rahmen angekommen sind. Die Arbeit ist in der neuen Fabrik in Plantenburg angefertigt worden, wo 200 Kollegen arbeiten. Die Arbeit ist ungestempelt angefertigt, dann nach der alten Fabrik transportiert und hier abgestempelt worden mit H. Clemen-Eberfeld und Wahlenfeld u. Co. in Barmen. Ebenfalls ist, oder soll bei Veder in Berlin Arbeit angefertigt worden sein. Letzteres sowohl als auch das Erstere ist uns von einem Kollegen, der von Berlin hier zurückgekehrt ist worden. Beruht der Inhalt des Briefes auf Wahrheit, so meinen wir doch, daß uns die Aufbringung solch einer Summe wenig nützen kann, wenn nebenbei in einem Vorort die Arbeit gemacht wird, die hier verweigert ist.

Wie schrieb doch der Sekretär G. Mohr im vergangenen Jahre an uns, bei dem Berliner Streik: „Da ihr die Säbeltaschen ungestempelt angefertigt habt und selbige für Berlin, also Streikarbeit war, so sind die Kollegen indirekte Streikbrecher.“ Wir gehen nun nicht so weit; es sei auch ferne von uns, leitenden Personen einen Vorwurf hierüber zu machen. Aber unter diesen 200 in Plantenburg arbeitenden Kollegen (wenn wir nicht irren, arbeitet Mohr auch da) giebt es doch auch sicher einige organisierte, denen die ungestempelte Arbeit sicher verächtlich vorkommen mußte und so die leitenden Personen aufmerksam machen konnten. Bei uns sind leider von 3 Kollegen 2000 Säbeltaschen im vergangenen Jahre angefertigt worden und man hat die ganzen Wuppertaler Kollegen beschimpft als indirekte Streikbrecher, was würden die Berliner Kollegen sagen, wenn wir nun sagen würden, und zwar mit etwas mehr Recht als vergangenes Jahr von dort aus, daß die 200 unsere Aufträge in grüner Arbeit zum größten Teil angefertigt haben, so sind die dortigen Kollegen Streikbrecher.“

Also wie dem auch sei — in Offenbach ist ja auch von unorganisierten und in Hannover von windigen Sachverständigen Arbeit angefertigt worden — in Zukunft zum geeigneten Moment auf der ganzen Linie zum Streik — und derartige Sachen kommen nicht mehr vor und das sauer erworbene Geld fließt nicht mehr so leicht zum Schornstein hinaus.

Nun ein Wort zu dem „Eingefandt“ in Nr. 11 unserer Zeitung von Straßburg, unterzeichnet K. J. B. Wenn ein oder mehrere Kollegen zusammen ein Eingefandt solchen Inhalts — wenigstens im ersten Teil — in eine Zeitung einreichen lassen, worauf dann nicht so dem Namen an die Öffentlichkeit? damit man weiß, wer sich so hat täuschen lassen. Denn wenn K. J. B. schreiben: „Ja, noch mehr, wie uns von Teilnehmern am dortigen Streik und von durchaus glaubwürdiger Seite versichert wird, bekämpften sich quasi die beiderseitigen Streikleitungen, indem die Eberfelder, als der härtere Teil, die Vorschläge und Wünsche der Barmer Minderheit vollständig ignorierten und nachher, nachdem sie ihre eigene Sache mit Erfolg durchgeführt und die Arbeit wieder aufgenommen, die

Barmer Sache vollständig im Stiche ließen.“ Ja, liebe Kollegen von Straßburg! Wir wissen thatsächlich nicht, sollen wir die glaubwürdige Seite mehr bedauern, oder Euch. Denn Erstere muß auf alle Fälle, ehe sie Straßburg mit ihrem Besuch beehrte, eine Irrenanstalt parat haben, denn sonst könnte ein derartiger Witz nicht kolportiert werden. Es sei hier ausdrücklich bemerkt, daß wir nur eine gemeinschaftliche Streikleitung hatten, gewählt von den Eberfeld-Barmer Kollegen in einer stark besuchten — **gemeinschaftlichen** — Versammlung am 3. April und zwar bestand die Streikleitung aus 5 Personen, aus je einer Fabrik ein Kollege, 2 in Barmen und 3 in Eberfeld. Zu diesen Kollegen wurden dann noch zugezogen, je ein Kollege von Barmen und Eberfeld, einer als Kassierer und der andere, um die schriftlichen Arbeiten auszuführen. Allerdings wohnten auch die 2 in Barmen arbeitenden Kollegen in Eberfeld. Wenn nun die durchaus glaubwürdige Seite ehrlich berichtet hätte, so hätte sie sagen müssen, daß in keiner Versammlung es nicht an Vorkürfen gegen — die gemeinschaftliche Streikleitung — gemangelt hat; mithin kann von einer quasi Bekämpfung beider Streikleitungen nicht die Rede sein, da nur eine existierte. Näheres ist ja in unserem Bericht in Nr. 11 zu ersehen. Ebenfalls kann von keiner Unterdrückung der Barmer Minderheit gesprochen werden; da die Barmer Kollegen ebenso gut ihre Rechte wahrnehmen konnten — was übrigens in vollem Maße geschehen ist — wie die Eberfelder. Die Versammlungen waren gemeinschaftlich und demnach auch die Verhandlungen einfach und logischerweise nur gemeinschaftliche, mithin kommt die beherzigenswerte Belehrung von Straßburg zu spät.

Weiter meinen die K. J. B., daß die Eberfelder, nachdem sie in 2 Fabriken die Arbeit aufgenommen, die Barmer Sache vollständig im Stiche ließen. Ja, die Eberfelder können doch nichts dafür, daß Clemen und Becker ihnen die Bewilligung der Tarife als willkommenen Ratengruß in den Schoß legten. Die größte Anzahl — einige werden ja froh sein, daß der verhassten Streikleitung mal ordentlich der Pelz gegeben worden ist — der hiesigen Kollegen schüttelt den Kopf über eine derartige Kritik der Einiger K. J. B. und begreifen nicht, wie man derartiges glauben kann und dann anonym veröffentlichen.

Was den zweiten Teil des Eingefandts anbelangt, so geben wir ganz gerne zu, daß er viel richtiges enthält. Nach einer und gewordenen Mitteilung der Tariffkommission müssen wir gestehen, daß in Süddeutschland wegen der schlechten Konjunktur und einem sonstigen klügenden Nebel auch nicht das Geringste unternommen werden kann.

Ob die Herren Fabrikanten dies wußten, daß in Süddeutschland, das Geschäft so flau geht, als sie mit uns den Vergleich am Gewerbegericht abschlossen, können wir nicht beurteilen; wir hatten aber den strikten Auftrag, den Streik zu Ende zu bringen.

Hätten wir gegen den Vergleich protestiert bzw. denselben nicht angenommen, so hätte der Streik fortgesetzt werden müssen, was auch richtig gewesen. Aber, Kollegen, was nicht ist Rosen und die Propheten — da verstimmen auch die Fäden. Deutlicher brauchen wir uns wohl nicht auszudrücken.

Hätten die K. J. B. auf unserer Stelle gestanden, so hätten sie nach den bestehenden Verhältnissen — diesen sind wir gewiß — nicht anders gehandelt und auch nicht anders handeln können.

Wie es sich nun mit dem Entgegenkommen der Streikleitung der Filiale Straßburg gegenüber verhält, so haben wir keine Ursache, auf diese Bemerkung einzugehen, da wir die Sache schon brieflich vor einiger Zeit erledigt haben, welches für uns genügt. Wir stehen der Filiale Straßburg auch fernerhin brieflich zur Verfügung.

Eberfeld, den 6. Juni 1901.

Die Streikleitung.

J. A.: Wilh. Berweh.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Dresden.** Der Streik bei der Firma G. L. Lippold, Koffersfabrik ist nach beinahe siebenwöchentlicher Dauer beendet worden. Nachdem bereits acht Mann aus den eigenen Reihen und in den Räden gefallen waren, und sich außerdem schon eine Menge Arbeitswilliger gefunden hatte, auch vom Zentralvorstand Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden, so galt es, den Streik abzubrechen, trotzdem die Aussichten für uns noch sehr günstig waren. Es wurde versucht, einen anständigen Frieden zu schließen, indem zwei Mann zu Herrn Lippold geschickt wurden, was auch zur Verhandlung führte. Diese Verhandlung endete damit, daß sofort 21 Mann eingestellt wurden und etwaige Forderungen sollen aus den Reihen der vorläufig nicht Eingestellten erledigt werden. Im Übrigen habe Herr Lippold den besprochenen Bedingungen vor dem Gewerbegericht nichts hinzuzufügen. — Das Ende des Streiks bedeutet wohl eine Niederlage, wenn man in Betracht zieht, daß die Streitenden zwischen Arbeitswillige gesetzt wurden und einen Nebenunterschied nicht hinzufügen. — Das Ende des Streiks bedeutet wohl eine Niederlage, wenn man in Betracht zieht, daß die Streitenden zwischen Arbeitswillige gesetzt wurden und einen Nebenunterschied nicht hinzufügen. — Das Ende des Streiks bedeutet wohl eine Niederlage, wenn man in Betracht zieht, daß die Streitenden zwischen Arbeitswillige gesetzt wurden und einen Nebenunterschied nicht hinzufügen. — Das Ende des Streiks bedeutet wohl eine Niederlage, wenn man in Betracht zieht, daß die Streitenden zwischen Arbeitswillige gesetzt wurden und einen Nebenunterschied nicht hinzufügen.

dort Beschäftigung finden, wenn die Erweiterung der Betriebsräume fertig gestellt ist.

Zum Schluß sei noch den Kollegen allerorts, die uns in so großartiger Weise unterstützten, aufrichtiger Dank dargebracht und wir geben Ihnen die Versicherung, uns bei eintretenden Fällen zu revanchieren.

Da schon wieder auf den Zentralvorstand umhergeritten werden soll, so möchten wir konstatieren, daß ohne Eingreifen des Zentralvorstandes in der letzten Sitzung der Streitenden der Beschluß auf Aufhebung des Streiks in geheimer Abstimmung mit allen gegen zwei Stimmen gefaßt wurde, obgleich Herr Dippold eine Liste von 34 meistens älteren Arbeitern überreichte, die er vorläufig nicht einstellen wollte, wogegen nur 20 Kollegen an die noch leeren Plätze gestellt werden sollten. Man sah ein, daß durchaus nichts mehr zu machen war. Der Zentralvorstand muß jede Verantwortung für den Ausgang dieses Streikes ablehnen, wie er auch die Verantwortung für den Ausbruch desselben von sich weist.

### Dur Beitragserhöhung.

**Berlin (Zentrale I).** Am 29. Juni fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, welche mittelmäßig besucht war, um Stellung zu nehmen zu der Erhöhung der Beiträge. Der Vorsitzende giebt bekannt, daß der Vorstand keine bestimmte Stellung dazu nimmt und es den Mitgliedern vollständig überläßt. Kollege Hoffmann führt verschiedene Punkte an, wo er gegen jede Erhöhung ist; gleichzeitig berührt er Punkte, wo es nötig wäre, einer Erhöhung zuzustimmen. Auch Kollege Koenow ist dagegen, alle anderen Diskussionsredner sind für eine Erhöhung, verschiedene sind sogar für 30 Pfg. wöchentlichen Beitrag, denn nur dadurch kann mehr Leistung verlangt werden. Kollege Blum hält eine Klassenverteilung für wünschenswert, indem sonst die kleinen Filialen zu kurz kommen im Vergleich zu ihren Leistungen. Einer Urabstimmung zuzustimmen, wurde gegen drei Stimmen angenommen. Ein Antrag Stutterheim, die Erhöhung um 5 Pfg. wurde gegen eine Stimme angenommen.

**Berlin II. (Treibriemenarbeiter.)** In der am 16. Juni abgehaltenen Versammlung wurde auch über die geplante Erhöhung der Beiträge recht lebhaft diskutiert. Nachdem sich mehrere Kollegen für eine Erhöhung von 10 Pfg. ausgesprochen, wurde folgende Resolution des Kollegen Haupt einstimmig angenommen:

„Die Filiale II erklärt sich mit dem Vorschlage auf Erhöhung der Beiträge einverstanden, indem sie voraussetzt, daß je höher die Beiträge, desto leistungsfähiger der Verband; sie hofft, daß sämtliche Verwaltungstellen diesem Vorschlage zustimmen.“

**Berlin IV.** Unsere Mitglieder-Versammlung vom 29. Juni nahm einen Antrag an, in Anbetracht der doch nicht in allen fernere Zeit einzuführenden Arbeitslosenunterstützung, den Wochenbeitrag von 20 auf 30 Pfg. zu erhöhen. Gleichzeitig wurde die Gründung einer Lokalkasse b'sprochen.

**Brandenburg a. S.** In der am 4. Juli stattgefundenen Versammlung wurde in Bezug auf Erhöhung der Beiträge folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen:

„Die heute am 4. Juli in der Zentral-Verberge tagende Versammlung erkennt die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge vollständig an und hofft, daß der Zentralvorstand dahin sorgt, daß die Beiträge um 10 Pfg. erhöht werden, weil die Arbeitslosenunterstützung doch bald eingeführt werden muß, und wir dann wieder zur Beitragserhöhung schreiten müssen.“

**Cassel.** Mitglieder-Versammlung vom 29. Juni. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Casseler Kollegen zu der geplanten Beitragserhöhung?“ rief eine lange, lebhafteste Debatte hervor. Der Vorsitzende, sowie Kollege Redding befrworteten warm die Erhöhung der Beiträge, doch waren die meisten anderen Redner dagegen. Es wurde hervorgehoben, daß uns in Cassel durch eine Beitragserhöhung eine große Anzahl Mitglieder verloren gehen würde; auch würden die Extrabeiträge und Sammelstellen noch weiter bestehen bleiben, da bei vollen Kassen auch mehr Lust zum Streiken vorhanden sei. Es wurde der Wunsch ausgedrückt, daß der Zentralvorstand bei Bewilligung von Streiks noch etwas genauer vorgehen möge als bisher. Einige Kollegen wären mit der Erhöhung einverstanden, wenn damit die Arbeitslosenunterstützung eingeführt würde. Der Antrag des Zentralvorstandes wurde hierauf bei geheimer Stimmabgabe mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

**Dessau.** (1. Juli.) Die Versammlung der Filiale Dessau nahm folgende Resolution an:

„Die heute am 1. Juli in Versammlungslotale „Zum Burgkeller“ tagende Versammlung erkennt die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung auf 25 Pfg. vollständig an und ersucht den Zentralvorstand um geeignete Diskussion.“

**Hamburg.** Kombinierte Mitglieder-Versammlung der Filialen Hamburg I und II.

Der zweite Punkt der Tagesordnung lautet: Diskussion über die Erhöhung der Beiträge.

Nachdem Kollege Polzkämper die Gründe der vorgeschlagenen Erhöhung erläutert hatte, ist Osterberg als erster Redner auch

dafür, der Zentralkasse mehr Geld zuzuführen, aber nicht im Sinne des Cassenbacher Vorschlages, da von einer solchen Beitragserhöhung die Zentralkasse wenig Vorteil haben würde, so lange der § 15 unseres Statuts nicht präziser gefaßt sei. Der Redner ist der Meinung, daß durch eine vierteljährliche Extrasteuer von 50 Pfg., welche unverfügt der Hauptkasse zugeführt werden müßte, derselben mehr Geld zustehen würde als bei einer Beitragserhöhung um 5 Pfg.

Müller ist im Interesse der Arbeitslosenunterstützung für die Erhöhung der Beiträge. Kollege Hentze glaubt, solche schwerwiegenden Veränderungen wie Erhöhung der Beiträge und Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht durch Urabstimmung vorzunehmen, ist aber auch hauptsächlich für eine gestülte Hauptkasse, da wir ohne eine solche die Arbeitslosenunterstützung nicht einführen können.

Von anderer Seite wurde betont, den § 15 dahin zu ändern, daß bei einer höheren Beitragserhöhung nur 20 Prozent der Einnahmen am Orte verwandt werden dürften, welche Maßregel sehr vorteilhaft für unsere Hauptkasse sein dürfte. Nach längerem Fär und Wider wurde eine Resolution eingebracht, welche sodann gegen drei Stimmen angenommen wurde.

Die Filialen Hamburg sind der Meinung, daß dieselben nur dann einer Erhöhung der Beiträge um fünf resp. zehn Pfennige zustimmen können, wenn gleichzeitig mit der Erhöhung auch die Arbeitslosenunterstützung eingeführt wird, um den Mitgliedern auch gleich einen Vorteil bieten zu können.“

**Hamburg.** Am 29. Juni tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Zum ersten Punkt sprach Kollege Schüge in 1 1/2 stündigem Vortrage über das Thema: „Der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe.“ Hierauf entspann sich über unsere Beitragserhöhung eine lebhafteste Diskussion. Von den meisten Kollegen wurde eine Erhöhung von 10 Pfg. pro Woche gutgeheißen. Auch wurde die Frage angeschnitten, ob es nicht möglich wäre, 2 Klassen einzuführen, damit also diejenigen, welche höhere Beiträge leisten, auch nun Arbeitslosenunterstützung erhalten sollen. Ebenfalls sind Kollegen der Meinung, daß die vom Kollegen Maurer vorgeschlagene Hauerteilung auch von der Erhöhung der Beiträge abhängig ist. In der nächsten Versammlung soll dieses näher besprochen werden. Verschiedene Kollegen sprechen ihre Mißbilligung aus über die vom Kollegen Cassenbach in Aussicht gestellte Agitationstour, da vornehmlich die Erfolge nicht den Kosten entsprechen.

**Hamburg.** (22 Juni.) Die einigermaßen gute Versammlung wurde um 9 1/2 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung stand: I. Der Vorschlag des Zentralvorstandes betreffend die Erhöhung der Beiträge. II. Die Anteilnahme unserer Verbände in dem mit belgischem Gewerkschaften. III. Bericht über

Kollege Schüge geht einen langen Vorbericht, wie der wirtschaftliche Kampf in unserem Gewerbe, hauptsächlich im verflochtenen Jahre, die finanzielle Seite unseres Verbandes in Anspruch genommen hat. Des Weiteren zeigt Redner durch verschiedene Beispiele, wie eine geringe Beitragserhöhung im Stande ist, die Finanzlage einer Organisation bedeutend zu heben.

Nachdem dann noch einige Redner für und einer gegen eine Erhöhung der Beiträge gesprochen, gelangte ein Antrag einstimmig zur Annahme, welcher das Einverständnis mit dem Vorschlage des Zentralvorstandes ausdrückt, gleichzeitig aber verlangt, daß alsdann auch sogleich der Frage der Arbeitslosenunterstützung nähergetreten wird. Die Versammlung beweist aber, daß die Durchführung derselben bei einer Beitragserhöhung von 5 Pfg. möglich ist, vielmehr würde ein Wochenbeitrag von 30 Pfg. dazu unbedingt erforderlich sein.

Zum zweiten Punkt stimmten die Ausführungen sämtlicher Kollegen darin überein, daß der Vorschlag des Kollegen Maurer im Prinzip zu befrworten ist, jedoch bei der letzten Lage des Verbandes, namentlich im Osten, noch unbedenklich ist.

**Leipzig.** In der Versammlung am 29. Juni entspann sich über die beantragte Erhöhung der Verbandsbeiträge eine längere Diskussion. Die Meinungen gingen einerseits dahin, daß es zwecklos sei, aus den vom Vorstand und Ausschuss angegebenen Gründen die Beiträge zu erhöhen. Die unangünstigen Kassenverhältnisse würden bei einer eventuellen 5 Pf.-Reduktion auch noch zu verzeichnen sein. Wenn nun auch die Kasse etwas leistungsfähiger würde, so müßte man doch bedenken, daß wir dadurch, ohne daß wir eine Vergütung bei Erhöhung der Beiträge eintreten lassen, auf Grund unserer zum Theil sehr schlecht fundamentierten Lage in unserem Verufe, auf ein Zurückgehen der Mitgliederzahl gefaßt sein müssen. Das letztere bei diesen oder jenen Neuerungen eintret, kann ja nicht befrritten werden. Um wirklich einen Schritt vorwärts zu thun, müßte man bei Erhöhung der Beiträge an die Einführung der Arbeitslosenunterstützung denken, andernfalls man sich für eine Reduktion durchaus nicht erwärmen könnte. Unsere bis jetzt eingeführten Unterstützungen sind nicht dazu angethan, die Kollegen kampft- und widerstandsfähig zu machen. Man solle lieber diese Art Unterstützungen den Krankeklassen überlassen. Nur wenn wir den Mitgliedern direkt im Kampfe und Dasein unter die Arme greifen und nicht am Ende seines mühevollen Lebens, dann erhält der Verband den Charakter einer Kampfgesellschaft und nicht einer. Wenn nun auch Redner gegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung sprachen, so war doch Niemand, der direkt gegen eine Er-

Erhöhung der Beiträge ohne Weiteres gesprochen hätte. Die Versammlung laßt sich dahin zusammen, daß es an der Zeit sei, unter den obwaltenden Verhältnissen in unserem Berufe, wo ein am Orte verweilender Kollege, welcher arbeitslos ist, nicht die geringste Unterstützung hat, und bei der fortwährenden Jagd nach Arbeit, wobei die Preisbrückeret ein steter Begleiter ist, es erklärlich wird, wenn schwer Ertrungenes bei der ersten besten Gelegenheit wieder verloren geht, unbergänglich an die Einführung der Arbeitslosenunterstützung heranzutreten. Der vom Zentralvorstand und Ausschuss gemachte Vorschlag sei zwar gut gemeint, aber nutzlos für die weitere Entwicklung des Verbandes im Allgemeinen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung spricht sich ganz entschieden gegen jede weitere Erhöhung der Beiträge ohne irgend welche Vergünstigungen aus. Sie erwartet, daß der Zentralvorstand unverzüglich Schritte zur Erfüllung des auf der Generalversammlung angenommenen Antrages 112, Urabstimmung über die Arbeitslosenunterstützung betreffend, unternimmt. Sie würde dann selbst die Einführung derselben einer Erhöhung der Beiträge auf 80 Pf. zustimmen."

### Verband der Sattler und verw. Berufsgenossen.

#### Bekanntmachung.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur dem Zentralvorstand gemeinsam mit dem Ausschuss das Recht zusteht, Sammellisten auszugeben. Sammellisten, von Verwaltungsstellen zugefandt, sind zurückzuweisen.

Die Verwaltungsstellen Pöche und Friedeberg i. D. sind eingegangen.

#### Der Vorstand.

J. A.: Joh. Sassenbach.

#### Bekanntmachung.

Den Agitationskomitees stehen für das 2. Quartal 1901 folgende Beiträge zu:

Brandenburg . . . . .	270,70 M.
Ostpreußen . . . . .	2,10 "
Schlesien . . . . .	2,60 "
Pommern . . . . .	2,70 "
Schleswig-Holstein . . . . .	57,60 "
Sachsen (Provinz) . . . . .	56,20 "
Hannover (Nord) . . . . .	9,90 "
(Süd) . . . . .	17,90 "
Niederrhein . . . . .	65,80 "
Westphalen . . . . .	14,80 "
Bayern (Nord) . . . . .	16,60 "
Bayern (Süd) . . . . .	44,90 "
Sachsen (West) . . . . .	44,40 "
Sachsen (Ost) . . . . .	40,10 "
Baden (Nord) . . . . .	10,60 "
(Süd) . . . . .	4,50 "
Hessen (Nord) . . . . .	15,60 "
Hessen (Süd) . . . . .	126,60 "
Pfalz . . . . .	17,10 "

#### Abrechnung vom 26. Juni bis 10. Juli 1901.

Einsendungen von Verwaltungsstellen: Potsdam 75,—, Leipzig II 55,86, Kiel 20,—, Nürnberg 40,—, Berlin III 125,—, Berlin IV 400,—, Waagen 13,85, Summa 728,71 M.

Eintrittsgeld v. Einzelmitgliedern: A. Scheper-Roebel 0,50, C. Wendels-Friedeberg R. M. 0,50, Summa 1,— M.

Beiträge von Einzelmitgliedern: C. Weber-Andershad 2,60, W. Jaalen-Landau 3,—, E. Gregersen-Lützenau 4,—, W. Hansen-Wilfer 1,—, A. Scheper-Roebel 1,—, C. Kronnagel-Prenzlau 1,40, F. Freyherr-Linz 3,—, W. Krüger-Gaisenhelm 2,80, C. Wendels-Friedeberg R. M. 1,—, Pfeiffer-Hoppegarten 2,60, R. Martgraf 0,90, P. Hattenhof-Gurhaven 3,40, J. Gebers-Homburg 4,—, Summa 30,— M.

Für die in Streit gewesenen Militärsattler in Eiberfeld: Ulm 1,—, Frankfurt a. M. 18,—, Offenbach 10,40, Berlin III 74,25, Potsdam 11,70, Summa 110,55 M.

Für Weiterbeförderung nach Dresden: Potsdam 17,25 M.

Georg Standke, Hauptkassier.

Berlin 80.

Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.

#### Freibriefmenschen!

Fremden. Die Kollegen werden gebeten, uns die Abfordpreise für Freibriefmenschen (per Meter) anzugeben, da hier eine Freibriefmenschen-

fabrik anfangen soll, und dort ein Kollege beschäftigt wird; derselbe kennt jedoch die Preise nicht, um seine Forderungen stellen zu können.

#### Berichtigung.

Da in Nr. 18 der „Sattler-Zeitung“ ein ausführlicher Bericht der Konferenz der Militärsattler Deutschlands zu Offenbach a. M. erschienen ist und derselbe betreffs meiner Ausführungen Fehler aufweist, so ist es meine Pflicht, dieselben richtig zu stellen.

Nach dem Berliner Tarif wurden nur einige Artikel bezahlt. Daß einige Artikel darüber bezahlt wurden, habe ich nicht gesagt. Diese Worte sind gefallen, indem auf der Konferenz die Antworten der Firmen Mauri u. Co. und Müller u. Co., beide zu Offenbach a. M., verlesen wurden, in welchen auf ihre Konkurrenten hingewiesen und die Firma Hohmann u. Heilbrunner ebenfalls mit angegeben wurde; da erklärte ich: diese Schreiben seien ganz belanglos, es sind weiter nichts wie Ausreden, welche von jedem Fabrikanten gebraucht werden. Gerade diese beiden Firmen zahlen mit die niedrigsten Abfordrlöhne von ganz Deutschland, und sie können vor allen Dingen keinen Gebrauch machen, indem sie auf andere Firmen hinweisen, da die Firma Hohmann u. Heilbronner verschiedene Artikel höher bezahlt. Betreffs des Wochenverdienstes von 27 M. ist keine Rede gewesen. Der Wochenverdienst (d. h. Lohnarbeit, welche nur vereinzelt vorkommt) beträgt für Sattler 24 M., für Zuschneider 18—24 M. bei 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> stündiger Arbeitszeit. Die Ankerung von 27 M. ist ganz zum Schluß der Konferenz gefallen, indem Kollege Wind-Karlruhe anfragte, wieviel neue Tornister in den einzelnen Werkstätten wöchentlich geliefert werden, um festzustellen, wie das Verhältnis ist, bei ihm werden bis 10 St. gemacht. Darauf teilte ich mit, daß die Mitglieder der Stille Kaiserlautern einen Beschluß gefaßt haben, nicht über 27 M. Verdienst hinauszugeben. Weiter hatte ich den Auftrag, gegen die Anträge des Kollegen Niedel-Berlin zu stimmen, also nicht gegen sämtliche Berliner Anträge. Bei der Diskussion über die Lohnarten habe ich nur die Ansichten der Kollegen von Kaiserlautern vorgebracht, ich selbst habe in einer Mitgliederversammlung für diese Einführung gesprochen.

Max P e h l e.

#### Bemerkungen zur Abrechnung.

Die Verwaltungsstellen werden auf den letzten Absatz des § 15 besonders aufmerksam gemacht. Derselbe lautet:

„Sind mehr als 20 Mark am Ort, so muß der Betrag der Hauptkasse zugefandt werden.“

Folgende Verwaltungsstellen haben trotz der wiederholt veröffentlichten Bekanntmachung des Vorstandes den Ueberchuß an die Lokalkasse abgeliefert und zwar:

Berlin I 50,— M.	} an die örtliche Agitationskommission abgeliefert.
II 85,92 "	
III 106,50 "	

Danzig, indem es ohne Spezifikation das Drittel für örtliche Ausgaben berechnete.

Karlruhe, indem es sogar den Rest von 61 Pfennigen an die Lokalkasse abliederte.

Leipzig hat 86,81 M. an die Lokalkasse abgeliefert.

Offenbach, indem es ohne Spezifikation das Drittel für örtliche Ausgaben berechnete.

Das zusehende Drittel der Einnahmen haben überschritten:

Berlin V . . . . .	um 25,90 Mark
VI . . . . .	20,82 "
Bromberg . . . . .	4,46 "
Charlottenburg . . . . .	9,18 "
Dessau . . . . .	1,25 "
Dortmund . . . . .	3,40 "
Eiberfeld . . . . .	5,56 "
Hannover . . . . .	17,51 "
Magdeburg . . . . .	2,47 "
Strasburg . . . . .	25,28 "

(In der Abrechnung steht unter „Entschädigung und Jahrgeld an andere Mitglieder“ 40,20 Mark angeführt)

Stuttgart . . . . .	um 11,89 Mark
Ulm . . . . .	21,21 "

(Die Ausgaben betragen 9,01 M. mehr als die Einnahmen; unter Entschädigung und Jahrgeld sind 21,60 Mark)

Worms . . . . .	um 6,08 Mark
-----------------	--------------

Bei Bayreuth sind die „Sonstigen Einnahmen“ Zuschuß aus der Hauptkasse.

In den Eintrittsgeldern sind enthalten:

	Eintrittsgeld	Beiträge von Fremden	Zahl der meist. Mittel.
Bei Berlin III . . . . .	8,— M.	28,60 M.	84
• Eiberfeld . . . . .	—,25 "	1,— "	1
• Offenbach . . . . .	4,25 "	18,80 "	52
• Striegau . . . . .	—,— "	—,80 "	—
• Stuttgart . . . . .	—,— "	1,— "	1
	4,50 M.	49,70 M.	68



# Abrechnung der Hauptkasse für das I. Quartal 1901.

Einnahme.	
Bestand vom vorigen Quartal	8868,48 M.
Von den Verwaltungsstellen:	
Altenburg	10,—
Barmen	20,—
Berlin I.	699,60
Berlin II.	190,—
Berlin III.	600,—
Berlin V.	126,85
Berlin VI.	80,—
Bielefeld	79,80
Bonn	27,80
Brandenburg	90,—
Bremen	30,—
Breslau	30,—
Charlottenburg	35,—
Chemnitz	60,—
Danzig	55,—
Deffau	20,—
Dortmund	25,—
Dresden	240,30
Eisleben	72,—
Eiberfeld	352,19
Hamburg	25,—
Frankfurt a. M.	110,—
Frankfurt a. O.	48,55
Halle	75,—
Hamburg I.	151,10
Hamburg II.	85,—
Hannover	100,—
Harburg	15,—
Jena	21,23
Kaiserslautern	75,60
Karlsruhe	87,79
Kassel	106,30
Kiel	80,—
Königsberg	30,—
Leipzig I.	229,65
Leipzig II.	49,72
Magdeburg	29,—
Mannheim	81,07
Mühlhausen	25,—
Münster	40,—
München	315,84
Nürnberg	96,80
Oberrad	80,—
Offenbach a. M.	523,30
Potsdam	100,—
Stettin	56,—
Stuttgart	78,40
Strasburg	89,—
Uetersen	46,50
Wilm	40,—
Alteburg Darlehn zurück	55,80
Eintrittsgelder von Einzelmitgliedern	10,—
Beiträge von Einzelmitgliedern	353,—
<b>Summa</b>	<b>14739,67 M.</b>

## Ausgabe.

An die Agitations-Kommissionen:	
Brandenburg	389,60 M.
Westphalen	18,80
Sachsen (Ost)	40,80
Sachsen (West)	87,—
Rheinland	33,70
Schleswig-Holstein	51,10
Pfalz	15,60
Baden (Süd)	15,18
Baden (Nord)	11,07
Thüringen	5,—
Oessen (Nord)	16,30
Oessen (Süd)	110,—
Sachsen (Provinz)	29,—
Bayern (Süd)	94,94
Bayern (Nord)	18,80
Württemberg	23,40
<b>Summa</b>	<b>907,74 M.</b>
Für Zeitungen:	
2000 Streckenberechnungen	45,—
8000 Paket-Abrechnungen	10,50
2000 Couverts	10,—
5000 Aufnahmehefte	20,—
Entschädigung von Sitzungen	50,50
Coupons an Tariffkommission	30,—
Tariffkommission Haar	20,—
Erz-Druckarbeit	8,61
Gemahregelten-Unterstützung Berlin II.	41,50
Berlin III	410,88
Barmen	20,—

Für Gemahregelten-Unterstützung	Strasburg	89,— M.
"	Uetersen	46,50
"	Streit-Unterstützung Berlin II.	1821,31
"	Berlin I.	646,30
"	Berlin V (1900)	150,—
"	Eiberfeld	168,49
"	Halle	100,—
"	Offenbach	18,30
"	Druckfachen, Papier, z.	6,95
"	Gerichtskosten, Berlin IV	174,68
"	Rechtsanwaltskosten, Berlin IV	312,57
"	Unkosten der Konferenz in Offenbach	148,50
"	Agitation des Kollegen Mauerer	95,90
"	Eiberfeld	62,—
"	Zuschuß nach Bayreuth	20,—
"	Gehalt des Vorsitzenden	800,—
"	Porto	68,51
"	Gehalt des Kassiers	90,—
"	Porto	51,57
<b>Bestand</b>		<b>7862,51</b>

Summa 14739,67 M.

G. Stanke, Hauptkassier.

Die Bücher und Belege sowie Geld sind geprüft und für richtig befunden worden.

Berlin, den 29. April 1901.

B. Blum. E. Gäbler. E. Schulze. W. Drabant.

**Bielefeld.** Am 29. Juni fand unsere Mitgliederversammlung statt. Trotz der wichtigen Tagesordnung und schriftlichen Einladungen, hatte die Hälfte der Mitglieder es nicht für nötig befunden, zu erscheinen. Nachdem vom Kollegen Krüger der Bericht vom Kartell gegeben war, wurde an Stelle des abgereisten Kollegen Bollmar, Kollege Wilschmann als zweiter Delegierter gewählt. Ein Antrag betreffend Entschädigung der Delegierten wurde wegen der schlechten Finanzlage abgelehnt. — Alsdann wurde über die Gründung einer Filiale der Sattlerkrankenkasse „Hoffnung“ verhandelt. Es wurde beschlossen, eine Ette anzulassen zu lassen, um erst zu sehen, wieviel Kollegen sich beteiligen. Zum Punkt Stiftungsfest wurde eine Kommission von neun Kollegen mit den Arbeiten dazu betraut. — Ferner wurde Kollege Wegner zum Mitglied des Agitationskomitees und Kollege Wilschmann als Beisitzer gewählt. Zum Punkt Arbeitslosenunterstützung wurde dieselbe Haltung wie vormals angenommen. Diefelbe wurde wieder abgelehnt. Dann wurde noch über Verlegung des Verkehrslokales, wegen der ungünstigen Herbergsverhältnisse diskutiert. Nachdem Kollege Krüger dargelegt, daß wir hier schwerlich ein anderes, besser geeignetes Lokal finden würden, und die Mitglieder auf-forderte, sich kräftig an der Sammlung eines Fonds zum Gewerkschaftshaus zu beteiligen, wurde es beim Alten belassen. Unter Berchiedenem wurde zum Dresdener Streit bemerkt, daß wir auf Sammelreisen, wenn sie von den betreffenden Filialen eigenmächtig herausgegeben werden, nichts zugehen werden, sondern nur solche berücksichtigen, die vom Zentralvorstand kommen.

Es erfolgte Schluß der Versammlung 12 Uhr.

**Chemnitz.** Eine öffentliche Lagererversammlung, zu welcher auch die Sattler eingeladen waren, fand am Sonnabend in der „Hoffnung“, Untere Georgenstraße, statt. Genosse Redakteur Schöpfli referierte über das Unfallversicherungsgesetz. Er führte aus, wie kompliziert die Gesetze waren bis jetzt. Nach einem 1 1/2-stündigen Vortrag und einem kräftigen Schlusswort, in dem der Referent die Kollegen zur Einigkeit und zur Organisation auf-forderte, hatte die Versammlung um 12 Uhr ihr Ende erreicht.

**Dresden II.** Militär-Sattler. Am Sonnabend, den 22. Juni fand in Gabels Restaurant, Marktgrafenstraße Nr. 11, unsere regel-mäßige Mitgliederversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zum Berliner Tarif, entspann sich eine lebhafteste Debatte. Es sprachen sich fast sämtliche Kollegen dahin aus, daß es unsere erste Pflicht sei, dem Tarif auch hier voll und ganz Geltung zu verschaffen. Es wurde auch der große Arbeitsmangel, welcher gegenwärtig hier herrscht, mit in Frage gezogen.

Daraufhin wurde eine Kommission von 8 Mann gewählt, welche in nächster Zeit bei der Firma Thiele betreffs des Tarifs vorstellig werden soll. Zu Punkt 2, Erhöhung der Beiträge, wurde der Antrag gestellt, eine gemeinschaftliche Versammlung mit den Alstädter Kollegen einzuberufen, um sich gegenseitig auszu-sprechen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Punkt 3 wurde mit Zahlung der Beiträge ausgefüllt. Zu Punkt 4, Gewerkschaftliches, giebt Kollege Friedrich noch einen kurzen Bericht über den Stand des Streiks bei der Firma Uppold. Nachdem noch aufgefordert wurde, die Kollegen soviel wie irgend möglich zu unterstützen, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

**Eiberfeld.** (22. 6.) Kollege Geupel verliest die Abrechnung, welche wegen unserem Streit nicht eher fertig gestellt werden konnte. Diefelbe ergab eine Einnahme von 679,62 M. und eine Ausgabe von 547,55 M., bleibt Bestand 132,07 M. Bestand und Ein-nahme der Bibliothek 50,22 M., Ausgabe keine. Einnahme der

Vorkasse 291,00 M., Ausgabe 185,60 M., bleibt Bestand 45,45 M. Die Mitgliederzahl beträgt 152. Dann erstattete Kollege Lambrich den Bericht von der letzten Sitzung der Gewerkschafts-Kommission. Das Gewerkschaftsfest findet am 21. Juli im Volkshaus statt und ersucht Redner die Kollegen um zahlreiche Beteiligung. Bei Wahl eines 1. Vorsitzenden begründet Kollege Jermels seinen Rücktritt, indem er ausführt, daß er erstens wegen Familienverhältnisse den Posten nicht mehr versehen könne, wie er es bis jetzt gethan habe und einem 1. Vorsitzenden zuläße. Zweitens auch wegen der unberechtigten Vorwürfe, die ihm in den letzten öffentlichen Versammlungen entgegen geschleudert wurden. Er wurde von fast allen Rednern aufgefordert, den Posten weiter zu führen. Ein Antrag, den Punkt auf die nächste Versammlung zu verschieben, wurde angenommen. Zum Hilfskassierer wurde Kollege Sanderson gewählt. Im Beschiedenen verliest der Vorsitzende ein Schreiben von München, worin die Kollegen vor der dortigen Artilleriewerkstatt gemahnt werden, weil die Arbeit nicht lange anhalte.

**Leipzig.** Außerordentliche Mitglieder-Versammlung vom 22. Juni: Auf der Tagesordnung stand der Streik bei der Firma Vippold. Der Vorsitzende berichtet an Hand eingegangener Briefe und Mittheilungen seitens der Streikleitung über den gegenwärtigen Stand des Streiks. Den daran beteiligten Kollegen wurde vollste Sympathie, sowie eine nach Möglichkeit zu gewährende finanzielle Unterstützung zugesagt. Der an dem Streik betheiligte gewesene Kollege Wagner berichtet dann noch über verschiedene Einzelheiten und Zustände bei der Firma Vippold. Dann wurde beschlossen, alle 14 Tage, wenn die Zeitung erscheint, Mitglieder-Versammlungen abzuhalten. Im Gewerkschaftlichen gab der Beschluß des Zentralvorstandes und Ausschusses, das am Orte verbleibende Drittel betreffend (§ 15) zu wiederholtem Male Veranlassung zu einer längeren Debatte, welche sich auf Grund verschiedener Meinungen in die Länge zog, und somit wegen Mangel an Zeit bis auf die nächste Versammlung vertagt werden mußte.

**Strasbourg.** Samstag, den 6. Juli, hatten die Kollegen der Firma Jansen eine Werkstattssitzung einberufen, der wichtigen Angelegenheit wegen waren auch von anderen Werkstätten Kollegen anwesend. Auch die Zentralkommission hatte einen Vertreter geschickt. Die Firma Jansen hat wieder einmal einen Vorstoß unternommen und zwar auf recht schlaue kaufmännische Art. Zuerst war wenig Arbeit vorhanden, das kann vorkommen und es mußten einige Kollegen ausziehen. Die Gelegenheit kann ich ausnützen, dachte Herr Jansen, lasse Cornister anfertigen auf Vorrath, aber das glaubt nicht jeder, nur die Gelegenheit, um den Lohn herabzusetzen, wahrzunehmen, das ist das Prinzip. Herr Jansen sagte ungefähr so. Sie können Cornister auf Vorrath machen, es giebt aber 50 Pf. weniger, doch wenn Sie nicht wollen, zwingen will ich Sie nicht, nur daß Sie Beschäftigung haben, für die folgenden Jahre ich wieder den alten Preis. Daß der alte Preis schon niedrig ist, weiß doch jeder und daß es Vorrath ist, beweisen wir; es kann eher Eibersfelder Arbeit sein, und um den dortigen Kollegen den Tarif nicht zu bezahlen, schicken die dortigen Fabrikanten die Arbeit nach auswärts. Die meisten Kollegen haben der Noth gehorchend, für den Preis ausgefakt, so daß die Hälfte bereits fertig ist. Natürlich wird keiner die anderen auch für den Preis machen. Es ist wieder der Beweis erbracht, daß der Reiche den Armen noch ärmer macht, so viel er nur für sich herauspressen kann. Ein Mitglied der Zentralkommission gab dieses Vorgehen des Fabrikanten nur der wartenden Organisation Schutz, es giebt auch hier Kollegen, welche nur schaffen und nicht denken und stellen den Antrag, eine Kommission zu wählen, bestehend aus 3 Mann, welcher Antrag auch angenommen wurde. Nachher wenn alle Kollegen organisiert wären, würde die Zentralkommission sich zur Pflicht machen, die Kollegen moralisch, wie finanziell zu unterstützen. Es ist für einige nur zum Guten, daß es so gekommen ist, denn dadurch ist es noch möglich, daß auch die Schläfer einmal aufwachen. Aber

andere Unschuldige müssen darunter leiden. Die Süddeutschen Fabrikanten setzen ihre ganze Kraft daran, den Berliner Tarif zu hintertreiben. Dieselben scheinen den Frieden nicht zu lieben. Wir werden auch wieder mal ein Wörtchen mitreden können.

**Worms.** Am 28. Juni hatten wir eine öffentliche Versammlung einberufen. Leider waren nur 8 hiesige Kollegen erschienen, während von der Mannheimer Filiale 7 Kollegen unter Einladung gefolgt waren. Um 8 1/2 Uhr eröffnete Kollege Schäfer unter Hinweis, daß vor fünf Jahren an diesem Tage die Gründung der Filiale Worms erfolgte, die Versammlung. Er wies darauf hin, daß die Filiale seit ihrem Bestehen nicht so reich geblieben hat, wie in letzter Zeit. Kollege Trajnar aus Mannheim referirte über die Lage im Sattlergewerbe von früher und heute. Früher habe daselbe zu den Besten gehört, während es heute infolge der Entwicklung der Industrie und des Verkehrswezens viel zu wünschen übrig lasse. Dann spricht Redner noch über Lohn- und Arbeitsverhältnisse und kritisiert u. A. die Lehrlingshäuser. Ferner forderte der Referent die Anwesenden zu lebhafter Agitation auf, damit auch die indifferenten Kollegen von der Nothwendigkeit des Zusammenschlusses überzeugt werden, und die Organisation den Unternehmervereinigungen stark und mächtig gegenübersteht.

Unter lebhaftem Beifall sprachen sich noch verschiedene Kollegen in gleichem Sinne aus. Nachdem die Versammlung geschlossen, hielten wir noch ein gemütliches Beisammensein mit den Mannheimer Kollegen.

### Gewerkschaftliches.

Der nächste Gewerkschaftstages soll 1902, vier Wochen nach Pfingsten in Stuttgart abgehalten werden.

### Vermischtes.

Der König von Preußen als Generalleutnant Gottes. Der alte Fritz, der für sich selber ein großer Atheist und Freigeist war, hielt die Religion als Zuchtmittel gegen das Volk sehr hoch. An einen Freigeist, der auch Atheist war, schrieb er einmal: „Er ist ein Narr oder Anarchist, und wenn er dergleichen Sachen unter das gemeine Volk verbreitet, so lasse ich ihn einsperren; der Teufel würde in die Leute fahren, wenn sie nicht mehr in die Kirche gingen. Wenn sie an einen Oberleiter über Himmel und Erde nicht mehr glauben, ihm den Gehorsam aufhören, vor der schwarzen Kirche seiner Räuberei, den Pfaffen, keinen Respekt mehr haben, werden sie mich dann noch für einen Generalleutnant und Oberkommandanten, den er über Preußen gesetzt, ansehen, für mich schweigen und sich todtschießen lassen?“

### Bücherchau.

**Süddeutscher Postillon.** Wenn wir mit gutem Gewissen ein Blatt empfehlen können, so ist es der „Süddeutsche Postillon“. Wir freuen uns jedesmal, wenn er erscheint. Wahrscheinlich „Der wahre Jakob“ ein Witzblatt ist, aus dem jeder Witz freng verbannt wird, das dazu mit seinen bösen Bildern dem guten Weisheitssohn spricht, bemüht sich der „Postillon“ mit Erfolg, in Bild und Wort das Beste zu bieten. Die Illustrationen des „Postillon“ bereiten Freude, die des „Wahren Jakob“ sind unabweislich. Es kann Jedem angerathen werden, vierteljährig 10 Pf. zu opfern und sich den „Postillon“ zu kaufen.

## Anzeigen.

Verband der Sattler u. verw. Berufsgenossen.  
Gitarren Fortino.

Sonntagabend, den 8. August 1901

**Dampfer-Parthie**

zum  
**Sommernachts-Ball**

im  
**Schloßpark Wilhelmshof.**

Großes Brillant-Feuerwerk  
ausgeführt vom Kunstfeuerwerker Herrn Wallow.  
Abfahrt Abends 8 1/2 Uhr, Stralauer Brücke 5  
(an der Kaiserstraße).  
Billet incl. Fahrt und Tanz 90 Pf.  
Billet, welche bis Sonntagabend, den 27. Juli nicht zurück-  
gegeben sind, gelten als verkauft.  
Die Billets sind bei der Kaffeebar vorzuzugeln!

**Wichtige Sattler, Gespanner und Strey-  
kissenmacher bedienung.** Ein Württ. St. l. Nummer  
sind dauernd Beschäftigung bei hohen Honorarien.  
Stall-Nummer-Fabrik f. Martens & Co.  
Stuttgart.

Wegfall nach vier Wochen vergrüßt.

**Decorations-Zuschnitts-Lehre!**

Seht Euch die Methode nicht an, die in 1 Mark,  
gegen Nachnahme oder Einzahlung des Betrages in  
Marken bescheidet. M. G. Her. Decoraten, Frank-  
furt a. M., Altesposten 74 oder die Exped. d. Bl.

**Ludewig's Bier-Stuben**

Reinbier, 65.  
Vorzügliches Weiß- und Bitterbier.  
Kornbierstamm für 40 Personen.  
Franz. Billard.  
Telephon.  
Zahlstelle der freien Volkshäuser.

**Stomk's Städtebuch**

Das schönste Schul- u. Wandtafel u. Künstler, mit Eisen-  
bahn- u. Wegkarte von Deutschland u. a. gr. Bändern.  
50 Bände gr. 1,30 M. Zu beziehen durch alle Buch-  
handl. oder gegen Eins. von 1,40 M. von  
Stomk's Verlag Stolpe.

Die Berliner Kollegen und ihre Familien  
werden sich jeden Freitag Abend im Garten  
des Gewerkschaftshauses.

**Fachschriften u. Lehrbücher**

für Handwerker, Gewerbetreibende  
Katalog gratis u. franko  
JOH. SASSENBACH, Buch-Verlag, Leipzig